

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **20.11.2013**, 17:15 Uhr – 18:42 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Gilbert Aldejohann, Karin Reismann, Dieter von den Berg, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion

Beanka Ganser, Elke Haves, Thomas Kollmann, Doris Lammert, Ursula Loroach (nur zu TOP 1),
Petra Seyfferth,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dirk Guddorf, Dr. Brigitte Hasenjürgen, Jörg Rostek, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Dietmar Uhlenbrock,

von DIE LINKE. Ratsgruppe Münster

Benjamin Körner,

Sachkundige Einwohner/innen

Yildirim Eroglu, Otmar Knüvener, Gabriele Markerth, Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Martin Schofer,

von der Verwaltung

Stadtrat Thomas Paal, Dagmar Arnkens-Homann, Herbert Berkemeier, Ralf Bierstedt, Rita Blank, Felix Graf von Plettenberg, Barbara Hamisch, Burkhard Hülsmann, Ines Pietsch, Gabriele Regenitter, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff, Daniela Terhaar, Andreas Woltering,

für die Schriftführung

Frank Treutler,

Es fehlte/n:

Dr. Petra Dieckmann, Birgit Edler, Richard-Michael Halberstadt, Franziskus-Pius Graf von Merfeldt, Christian Moll, Gregor Ridder, Barbara Stober (alle waren abgemeldet),

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner

Tagesordnung

- | | | |
|---------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| | 5. | Vorlagen und Berichte des Jobcenters |
| <u>V/0838/2013</u>
V | 5.1. | Basisinformationen des Jobcenters Münster
Berichtsmonat Juni 2013 (Kennzahlen)
Berichtsmonat September 2013 (Statistikinformationen) |
| <u>V/0837/2013</u>
V | 5.2. | Eckpunkte Arbeitsmarktprogramm 2014 |
| <u>V/0662/2013</u>
V | 5.3. | Ausschöpfung des Eingliederungstitels (EGT) des
Jobcenters Münster |
| <u>V/0860/2013</u>
IV | 6. | Organisation der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen
bei der Stadt Münster |
| <u>V/0593/2013</u>
III | 7. | Kommunales Handlungskonzept Wohnen - Grundsätze
und Weichenstellungen |
| <u>V/0871/2013</u>
II | 8. | Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 2. Projektbericht
zur Umsetzung (Auszug Ausschuss für Soziales, Gesundheit
und Arbeitsförderung) |
| <u>V/0533/2013</u>
V | 9. | Kinderhaus-Brüningheide: a) Jahresbericht 2012 und
Fortsetzung des Maßnahmenprogramms ab 2014; b)
Perspektiven für die künftige Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit
im Wohngebiet |

- | | | |
|--------------------------|-------|--|
| <u>V/0835/2013</u>
V | 10. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat A-R/0053/2012: "Masterplan Quartier" (Versorgungssicherheit für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf); Vorhabenkonkretisierung |
| <u>V/0661/2013</u>
IV | 11. | Mittagsverpflegung in Schulen |
| <u>V/0749/2013</u>
V | 12. | Mieterinnen und Mieter mit Anspruch auf existenzsichernde Leistungen; Hinweise zum Antrag der Ratsgruppe DIE LINKE. an den Rat A-R/0025/2013: Zwangsumzüge stoppen! |
| | 13. | Haushalt 2014 |
| | 13.1. | Gender Budgeting: Leistungsdaten Produktgruppe 1003 |
| | 13.2. | Haushaltsplan 2014 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2017 |
| | 14. | Verschiedenes |

Herr Aldejohann eröffnete um 17:17 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Nach Verlesen der Verpflichtungsformel verpflichtete Herr Aldejohann Frau Loroch mit Handschlag.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Frau Geschkewitz schlug für die FDP-Fraktion vor, die unter TOP 7 vorgesehene Vorlage V/0593/2013 in der heutigen Sitzung zu beraten, aber ohne Beschlussfassung zu schieben. Frau Ganzer schloss sich dem Vorschlag namens der SPD-Fraktion an.

Gegen den Vorschlag erhoben die Mitglieder keine Einwände.

Damit wurde die Tagesordnung einvernehmlich wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Herr Stadtrat Paal verwies auf folgende den Mitgliedern vorliegende Anträge zum Haushalt 2013, die der Ausschuss unter TOP 13.2 erörtern könne:

- Anregung Nr. 2013-00156 vom 23.10.2013: Förderung des Projekts „Erlebniswelt – Weltmusik für Kinder in Münsteraner Grundschulen“ (Karibuni) und
- Antrag des draußen! e. V. vom 19.11.2013: Finanzielle Unterstützung zum Erwerb eines Ladenlokals.

Punkt 3.2 der Tagesordnung

Mitteilungen

3.2.1 Herr Stadtrat Paal berichtete über Hintergrund und Verfahrensstand der Verfassungsbeschwerde der Stadt Münster sowie anderer kreisfreier Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen in Sachen Wohngeldentlastung. Ursache seien mehrere Regelungen im Landesausführungsgesetz zum SGB II. Vorgesehen sei ein sogenannter Vorteilsausgleich für Kommunen, die nach den früheren Berechnungsmodalitäten in den Jahren 2007 bis 2009 Wohngeldzahlungen erhalten haben. Nach diesem Vorteilsausgleich habe die Stadt Münster rund 1 Mio. € an das Land zurückzuerstatten, aufgeteilt auf die Jahre 2011 bis 2018. Die Novellierung des Gesetzes sei Folge des Urteils des Verfassungsgerichtshofs vom 26. Mai 2010, das dem Gesetzgeber aufgegeben habe, für einen Ausgleich der durch die bisherige Verteilungsregelung verursachten Nachteile für einzelne Städte zu sorgen; das sei im neuen Ausführungsgesetz SGB II NRW mit einer Änderung der Verteilungsregelung geschehen. Die mit der jetzigen Verfassungsbeschwerde angegriffenen Vorschriften sähen aber auch einen - zeitlich gestreckten - Vorteilsausgleich vor, indem die Zuweisungsbeträge der Jahre 2007 bis 2009 teilweise von zukünftigen Zuweisungen wieder abgezogen werden sollen, und zwar in den Jahren 2011 bis 2018. Hiergegen wendeten sich die Beschwerdeführer vor allem mit der Rüge einer Verletzung des rechtsstaatlichen Rückwirkungsverbots, da die Bescheide der Jahre 2007 bis 2009 bestandskräftig geworden sind. Die mündliche Verhandlung habe am 12.11. stattgefunden, der Verkündungstermin sei auf den 10. Dezember 2013 festgelegt worden.

Frau Arnkens-Homann

- 3.2.2** skizzierte den aktuellen Verfahrensstand der Ausschreibung der Trägerschaft für eine neue Flüchtlingseinrichtung in Roxel (Zum Schultenhof) und gab Hinweise auf aktuelle Engpässe bei der Unterbringung von Flüchtlingen; ihre Ausführungen sind dieser Niederschrift beigelegt - **Anlage 1**;
- 3.2.3** verwies auf die den Mitgliedern zugegangenen Informationen über den Stand der Mittelabflüsse aus dem Programmbudget Münster-Pass sowie über Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Herr Dr. Schulze Kalthoff berichtete:

- 3.2.4** Der Krankenhausplan 2015 des Landes NRW werde in den nächsten Jahren bedeutsame Veränderungen in der Krankenhauslandschaft nach sich ziehen. U. a. solle die altersmedizinische Versorgungsqualität in allen Krankenhäusern verbessert werden. Dazu müssten die Krankenhäuser, die bislang nicht über eine geriatrische Abteilung verfügen, Kooperationsverträge mit einer solchen Abteilung abschließen. In Münster habe nur das Evangelische Krankenhaus eine geriatrische Fachabteilung. Zur Förderung derartiger Kooperationsstrukturen werde die Verwaltung Gespräche mit den Beteiligten aufnehmen.
- 3.2.5** Nach einigen Polio-Erkrankungsfällen (22 mit Stand vom 11.11.2013) in Syrien bestehe die Gefahr der Einschleppung der sog. Kinderlähmung nach Deutschland. In einer konzertierten Aktion mit dem Ausländer- und Sozialamt werden derzeit insbesondere Kinder aus Syrien im Alter von bis zu 3 Jahren, die in den letzten 6 Monaten eingereist

sind, gegen Polio geimpft. Dabei werde versucht, auch den sonstigen Impfschutz zu vervollständigen. Die Fachverwaltung arbeite insoweit intensiv mit mehreren Kinderarztpraxen in Münster zusammen. Die anfallenden Kosten übernehme das Sozialamt, die für den Impfstoff teilweise das Land.

- 3.2.6** Der auf Initiative des Amts für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten eingerichtete "Runde Tisch Online- und Mediensucht" habe am 11.09.2013 erstmals mit vielen Akteuren aus Münster getagt (Kliniken, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen, AG Medien, Drogenberatungsstelle u. a.). Es bestehe Einigkeit unter den Fachleuten, dass in weiteren Treffen (bis 2015) die Versorgungsstruktur in Münster (ambulant, stationär und präventiv) analysiert und verbessert werden solle. Im Bereich Selbsthilfe und niedergelassene Ärztinnen und Ärzte zeichnen sich schon jetzt erste Ansätze für erweiterte Angebote ab.
- 3.2.7** In Fortsetzung der seit 2011 wiederkehrenden Aktionswochen "Check your kid" werde das Gesundheitsamt in diesem Jahr 10.000 Sattelüberzüge für die Kita-Kinder in Münster verteilen. Mit dieser Aktion solle die Erinnerung an die Notwendigkeit von Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten und Entwicklungsstörungen im Kindesalter lebendig gehalten werden. Die Sattelüberzüge habe das Land bereitgestellt.

Herr Bierstedt teilte mit, dass

- 3.2.8** das zunächst bis Ende Oktober 2013 befristete Programm MAMBA (Münsters Aktionsprogramm für MigrantInnen und Bleibeberechtigte zur Arbeitsmarktintegration in Münster und im Münsterland), an dessen Durchführung sich auch die Stadt Münster mit dem Jobcenter beteilige, bis zum Jahresende 2013 verlängert worden sei; die Fortsetzung des Programms im kommenden Jahr sei in Aussicht gestellt;
- 3.2.9** der Arbeitskreis Qualifizierung durch Arbeit (QuadA), wie in der Sitzung am 16.10.2013 avisiert, einen Förderantrag an das Land gerichtet habe;
- 3.2.10** dass interessierte Arbeitsuchende jetzt auch auf ein regionales Jobportal zurückgreifen können, um dort Profile einzustellen, zu deren Anfertigung sie Unterstützung abrufen können, s. www.erfahrung-in-arbeit-muenster.de.
- 3.2.11** Herr Bierstedt skizzierte ferner die Angebote und Aktivitäten des Jobcenters für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren.

Punkt 4 der Tagesordnung	Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
---------------------------------	---

Keine.

Punkt 5 der Tagesordnung	Vorlagen und Berichte des Jobcenters
---------------------------------	---

Punkt 5.1 der Tagesordnung V/0838/2013	Basisinformationen des Jobcenter Münster Berichtsmonat Juni 2013 (Kennzahlen) Berichtsmonat September 2013 (Statistikinformationen)
---	--

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 5.2 der Tagesordnung
V/0837/2013**
Eckpunkte Arbeitsmarktprogramm 2014

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit schloss sich dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt die für das Jahr 2014 prognostizierten Eckwerte und Rahmenbedingungen zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Münster stimmt den vorgeschlagenen arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkten
 - Konzentration der städtischen Ressourcen auf Langzeitleistungsbezieher
 - Chancen durch abschlussorientierte Ausbildung bzw. Qualifizierung erhöhen
 für das Jahr 2014 zu.
3. Der Rat der Stadt Münster nimmt die Überlegungen zur Änderung des Zielvereinbarungssystems auf Bundes- u. Landesebene zur Kenntnis.
4. Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW zu den Zielen „Verbesserung der Integrationsquote“ und „Reduzierung der Langzeitleistungsbezieher“ im Rahmen folgender Korridore

Verbesserung der Integrationsquote: - 6,6 % bis + 1,0 %

Reduzierung der Langzeitleistungsbezieher: - 1,0 % bis - 2,0%

eine Zielvereinbarung abzuschließen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Umsetzung der Entscheidung entstehen keine unmittelbaren Kosten für den städtischen Haushalt.

**Punkt 5.3 der Tagesordnung
V/0662/2013**
**Ausschöpfung des Eingliederungstitels (EGT) des
Jobcenter Münster**

Frau Seyfferth regte an, den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung über Überbuchungen des Eingliederungstitels zu unterrichten. Her Stadtrat Paal sagte dies zu.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Beschlussvorschlag der Vorlage daraufhin einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stellt fest, dass eine Ausschöpfung des Eingliederungstitels (EGT) in einem Rahmen von 98,0 bis 100,0 % ein zufriedenstellendes Ergebnis darstellt.
2. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass bei einer Beplanung des Eingliederungstitels wie unter II. 2 beschrieben eine Überbuchung des EGT erfolgen kann, und wird dafür bei Bedarf Mittel bis zu 1,0 Prozent des Eingliederungstitels, maximal 100.000 Euro, als überplanmäßige Ausgabe bereitstellen.
3. Der Rat stimmt der Einrichtung einer befristeten Projektstelle (1,00 EGr. S 11 / EGr. 9) für das Maßnahmenmanagement des Jobcenters für die Jahre 2014 und 2015 zu.

4. Der Rat fordert den Bund auf, die Übertragung von nicht verausgabten Eingliederungsmitteln in das Folgejahr zu ermöglichen und bittet den Oberbürgermeister sich über den Deutschen Städtetag dafür einzusetzen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch eine ggf. notwendige Inanspruchnahme (s. Punkt 2 Beschlussvorschlag) müssen kommunale Mittel bis zu einer max. Höhe von 100.000,00 Euro / Jahr bereitgestellt werden.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0501	Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014	55.350 €	kommunale Beteiligung 15,2 %
Zeile	15	Transferaufwendungen	2014	- 46.937 €	Verringerung des Ausgabensatzes für Eingliederungsleistungen
Zeile	11	Personalaufwendungen	2015	55.350 €	kommunale Beteiligung 15,2 %
Zeile	15	Transferaufwendungen	2015	- 46.937 €	Verringerung des Ausgabensatzes für Eingliederungsleistungen
Insgesamt				16.830 €	kommunale Beteiligung für 2014/2015

Punkt 6 der Tagesordnung V/0860/2013

Organisation der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen bei der Stadt Münster

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Seyfferth, den die Sachentscheidung betreffenden Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

Neuer Beschlusspunkt I. 4:

In diesem Zusammenhang wird auch die konzeptionelle Weiterentwicklung der Projektarbeit innerhalb der VHS vorgestellt. Dabei soll die Verzahnung mit den Kernaufgaben der VHS und den Angeboten der freien Träger berücksichtigt werden genauso wie Überlegungen zur Akquise neuer Angebote im Rahmen der neuen ESF-Förderphase 2014 bis 2020 im Bereich der beruflichen und der allgemeinen Bildung für Beschäftigte und Arbeitsuchende, Schüler/innen und Stu-

dierende, Unternehmen und Betriebe. Desweiteren sollen weitere nationale und internationale Förderprogramme Berücksichtigung finden.

Frau Dr. Hasenjürgen beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen GAL, Punkt 1 des Sachentscheidungsvorschlags wie folgt zu ändern:

1. Der Rat Die Verwaltung der Stadt Münster beschließt, dass die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, wie eine Integration der arbeitsbezogenen Maßnahmen aus dem bisherigen Projektbereich der Volkshochschule, soweit sie den stabilisierenden und aktivierenden Sektor betreffen, in das Jobcenter realisiert werden kann, vorbereitet und nach Schaffung aller Voraussetzungen (Zertifizierung) durchführt. Die VHS wird weiterhin Maßnahmen zur „Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)“ (z. B. „Hauswirtschaft als Beruf“) anbieten. Das Konzept wird im 1. Quartal 2014 der Politik zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Stadtrat Paal und Herr Bierstedt beantworteten Nachfragen der Mitglieder. Herr Bierstedt unterstrich, dass die weiteren Vorbereitungsarbeiten zur Bündelung der in der Vorlage dargestellten Aufgaben ab 2015 im Jobcenter, zumal die hierfür unabdingbare Zertifizierung und die weitere konzeptionelle Konkretisierung, innerhalb eines ohnehin engen Zeitplans zu erledigen seien, und verdeutlichte das Interesse des Jobcenters, die Realisierung des Vorhabens möglichst nicht zu verzögern.

Für die FDP-Fraktion beantragte Frau Geschkewitz, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss daraufhin einstimmig:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0593/2013

Kommunales Handlungskonzept Grundsätze und Weichenstellungen

Wohnen -

Herr Stadtrat Paal stellte die Eckpunkte der Vorlage vor. Die Mitglieder, die sich in der anschließenden Erörterung zu Wort meldeten, verdeutlichten die Positionen ihrer Fraktionen gegenüber den Inhalten und Beschlussempfehlungen der Vorlage. Herr Stadtrat Paal beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss einstimmig:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0871/2013

Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 2. Projektbericht zur Umsetzung (Auszug Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung)

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0533/2013**

**Kinderhaus-Brüningheide: a) Jahresbericht 2012
und Fortsetzung des Maßnahmenprogramms ab
2014; b) Perspektiven für die künftige Jugendar-
beit/Jugendsozialarbeit im Wohngebiet**

Herr Kollmann und Herr Guddorf erklärten sich vor Eintritt in die Beratung des TOP befangen im Sinne des § 31 GO NRW und nahmen an der Beratung und Beschlussfassung der Vorlage nicht teil.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL gab Herr Wölter folgende Erklärung zur Niederschrift:

„Der in der Vorlage 533/2013 unter Ziffer 3, zweiter Spiegelstrich genannte Prüfauftrag ist ausschließlich als Einstieg in eine Diskussion zu verstehen. Mögliche positive Prüfungsergebnisse dürfen nicht zu einem Automatismus von Entscheidungen führen. Vorschläge und Ansätze sind mit den beteiligten bzw. zu beteiligenden Akteuren zu diskutieren und dann den politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.“

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung (entsprechend der Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 19.11.2013) zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Jahresbericht 2012 (Anlage 2) für das Maßnahmenprogramm Wohngebiet Münster Kinderhaus-Brüningheide wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Programm wird ab 2014 nach Maßgabe der in der Begründung dargestellten Eckpunkte fortgeführt.
3. Die Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in der Brüningheide wird inhaltlich und konzeptionell - insbesondere im Hinblick auf präventive Angebote - überprüft, qualifiziert und ggf. neu ausgerichtet. In dem Zusammenhang werden auch
 - die vorhandenen Netzwerkstrukturen der Träger der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in der Brüningheide überprüft und ggf. angepasst, ferner
 - geprüft, ob eine gemeinsame Nutzung des „Atriums“ multifunktional vom Kulturverein und der Jugendarbeit konform mit der Landesförderung ist und der Jugendsalon ins Atrium verlagert werden kann. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Kostenplan zu erstellen.
4. Zur Verstetigung der aufsuchenden Jugendsozialarbeit in der Brüningheide wird zum 01.01.2014 im Teilergebnisplan 0602 (Kinder- und Jugendarbeit) eine 0,5 Stelle Entgeltgruppe S 12 für eine sozialpädagogische Fachkraft eingerichtet.
5. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 5.1 die weitere Umsetzung des Programms ab 2014 zu koordinieren und mit den nichtstädtischen Maßnahmeträgern Leistungsvereinbarungen sowie zwischen dem Sozialamt und den städtischen Dienststellen, die Einzelmaßnahmen durchführen, Zielvereinbarungen abzuschließen,

- 5.2 dem Rat jährliche Berichte über Umsetzung und Ergebnisse der Maßnahmen sowie über die Entwicklung der Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, die zuvor der Bezirksvertretung Münster-Nord, den beteiligten Fachausschüssen und Gremien des Rates einschließlich Integrationsrat vorgelegt werden, ferner bei wesentlichen Änderungsbedarfen des Programms erforderliche Beschlussfassungen rechtzeitig vorzubereiten,
- 5.3 dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien und der BV-Nord die Prüfergebnisse und Empfehlungen zu Ziffer 3 möglichst bis zum I. Quartal 2014 vorzulegen.

II. Finanzielle Auswirkungen

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2014 ff.	123.400	Ansatz lt. HH-Entwurf: 150.000 €
Produktgruppe	0602	Kinder- und Jugendarbeit			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014 ff.	26.160	
Zeile	15	Transferaufwendungen	2014 ff.	440	
		Insgesamt:		150.000	

Ab dem Jahr 2014 werden 26.600 € von Produktgruppe 0503 zur Produktgruppe 0602 verlagert. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Veränderungsblätter anzufertigen. Die übrigen Aufwendungen für die Fortführung der Projekte 6.04, 6.07 und 6.08 von 6.710 € werden aus vorhandenen Mitteln der Produktgruppe 0602 (Zeile 15) finanziert.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0835/2013

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat A-R/0053/2012: "Masterplan Quartier" (Versorgungssicherheit für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf); Vorhabenkonkretisierung

Herr Treutler skizzierte Hintergrund und Eckpunkte der Vorlage.

Nach Abschluss der Erörterung nahm der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung V/0661/2013

Mittagsverpflegung in Schulen

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung (entsprechend der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 19.11.2013) zu empfehlen:

Sachentscheidung:

1. Der Bericht zur Mittagsverpflegung in städtischen Schulen wird zur Kenntnis genommen.
2. Für die Organisation und Ausgabe der Mittagsverpflegung an der Gesamtschule Münster-Mitte/Paul-Gerhardt-Realschule werden ab dem Haushaltsjahr 2014 bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2016 für den Einsatz einer weiteren hauswirtschaftlichen Kraft die im Folgenden dargestellten Gelder bereit gestellt. Im Rahmen des angestrebten Abschlusses einer Dienstleistungskonzession mit einem Caterer ab dem Schuljahr 2015/16 ist auf Grundlage des Ausschreibungsergebnisses über die städtischen Personalkostenzuschüsse für die folgenden Jahre nach 2016 neu zu entscheiden.

<u>Aufwendungen Teilergebnisplan</u>				
Position	Nr.	Bezeichnung	HH-Jahr	Betrag (€)
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen		
Zeile TEP	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2014	25.540,-
Zeile TEP	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2015	40.250,-
Zeile TEP	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2016	51.940,-
Zeile TEP	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2017	71.350,-
Zeile TEP	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2018 ff	81.650,-

Finanzierung:

Die Mittel sind im Haushaltsplan-Entwurf 2014 nicht enthalten und daher im Rahmen der Etatberatungen für das Haushaltsjahr 2014 ff zusätzlich bereitzustellen.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0749/2013**

Mieterinnen und Mieter mit Anspruch auf existenzsichernde Leistungen; Hinweise zum Antrag der Ratsgruppe DIE LINKE. an den Rat A-R/0025/2013: Zwangsumzüge stoppen!

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung

Haushalt 2014

Den Mitgliedern lagen folgende Unterlagen vor:

- Haushaltsplanentwurf 2014,
- Anträge freier Träger zum Haushalt 2014,
- Veränderungsblätter der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2014,
- Anträge von Fraktionen zum Etat 2014,
- (Verfahrens-)Hinweise zum TOP „Etatberatungen“,
- Hinweise zum Stichwort „Befangenheit“ sowie die
- Gesamtliste (Liste der Anträge und Veränderungsblätter, Stand: 20.11.2013).

Die Mitglieder verständigten sich auf folgende Absprachen:

- Die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne des Haushaltsplanentwurfs werden anhand der Gesamtliste jeweils nach Produktgruppen aufgerufen.
- Sofern Ausschussmitglieder nicht widersprechen bzw. keine Anträge stellen, gelten die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne der jeweiligen Produktgruppe sowie die Leistungsdaten der Produktgruppe 1003, wie im Haushaltsplanentwurf 2014 ausgewiesen, aber unter Einschluss der Veränderungsblätter der Verwaltung als beschlossen.

Punkt 13.1 der Tagesordnung	Gender Budgeting: Leistungsdaten Produktgruppe 1003
------------------------------------	--

Die Leistungsdaten wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

Punkt 13.2 der Tagesordnung	Haushaltsplan 2014 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2017
------------------------------------	--

13.2.1 Produktgruppe 0116 - Migrations- und Integrationsmanagement (Bd. 2, S. 98-108)

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0116 wurde wie vorgeschlagen beschlossen.

13.2.2 Produktgruppe 0211 - Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten (Bd. 2, S. 212-219)

Für die CDU-Fraktion beantragte Herr Wolfgarten (Nr. 4 der Gesamtliste):

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	0	0	0	0	0
neu	0	6.000	4.500	3.000	0
Differenz	0	6.000	4.500	3.000	0
Zuschuss in 2014-2016 für die Kastrierung verwilderter Katzen im Stadtgebiet. Anregung Nr. 2013-00047 der Vereine Katzenhilfe Münster e. V., Tierfreunde Münster e. V. und Tierschutzverein Münster und Umgebung e. V.					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag mit 5 Fürstimmen (CDU) und 12 Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, DIE LINKE. Ratsgruppe Münster) ab.

Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0211 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

13.2.3 Produktgruppe 0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II (Bd. 2, S. 350-360)

Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0501 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

13.2.4 Produktgruppe 0502 - Sicherung des Lebensunterhalts (ohne SGB II) (Bd. 2, S. 362-374)

Herr Wölter beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL (Nr. 11 der Gesamtliste:

a) **S. 388 - Zeile 11 - Personalaufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	5.021.780	4.632.830	4.653.430	4.705.610	4.789.610
neu	5.021.780	4.667.675	4.723.120	4.775.300	4.859.300
Differenz	0	34.845	69.690	69.690	69.690
Vorlage V/0835/2013. Empfehlung an APRO, eine 1,0 Stelle „Quartiersentwicklung“ ab Mitte 2014 einzurichten.					

b) **S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.560.705	31.542.000	31.542.000	31.587.500
Differenz	0	10.155	20.310	20.310	20.310
Vorlage V/0835/2013. Sachkosten „Quartiersentwicklung“					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag einstimmig an und empfahl dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung:

Beschluss zu (a)

a) **S. 388 - Zeile 11 - Personalaufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	5.021.780	4.632.830	4.653.430	4.705.610	4.789.610
neu	5.021.780	4.667.675	4.723.120	4.775.300	4.859.300
Differenz	0	34.845	69.690	69.690	69.690
Vorlage V/0835/2013. Einrichtung einer 1,0 Stelle „Quartiersentwicklung“ ab Mitte 2014					

Zugleich empfahl der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss zu (b)

b) **S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.560.705	31.542.000	31.542.000	31.587.500
Differenz	0	10.155	20.310	20.310	20.310
Vorlage V/0835/2013. Sachkosten „Quartiersentwicklung“					

Für die SPD-Fraktion erläuterte Frau Ganser, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Frau Dr. Hasenjürgen das Anliegen (Nr. 14 der Gesamtliste), mit dem, den Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen durchführenden ASB im Rahmen von Leistungsvereinbarungen ein Mindestlohnprinzip für Fahrerinnen und Fahrer zu vereinbaren. Vor dem Hintergrund der in der anschließenden Aussprache angesprochenen Fragen beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung einstimmig, die Entscheidung über den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Seyfferth (Nr. 15 der Gesamtliste):

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.604.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
Differenz	0	54.000	0	0	0
Einmaliger Projektkostenzuschuss für den Integrationsbereich der GGUA (Schlauberger I/Lernpatenschaften; Integration u. Ehrenamt; Teil sein – Teilhaben). Anregung Nr. 2013-00141. Zuschussbericht, Bd. 1, S. 540, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 32					

Nach kurzer Aussprache schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Antrag einstimmig an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.604.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
Differenz	0	54.000	0	0	0
Einmaliger Projektkostenzuschuss für den Integrationsbereich der GGUA (Schlauberger I/Lernpatenschaften; Integration u. Ehrenamt; Teil sein – Teilhaben). Anregung Nr. 2013-00141. Zuschussbericht, Bd. 1, S. 540, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 32					

Frau Ganser beantragte für die SPD-Fraktion (Nr. 16 der Gesamtliste):

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.572.550	31.543.690	31.543.690	31.589.190
Differenz	0	22.000	22.000	22.000	22.000
Anhebung des Zuschusses für die Frauenhaus Beratungsstelle des Vereins Frauenhaus und Beratung e. V. auf 52.000 € pro Jahr ab 2014. Anregung Nr. 2013-00149. Zuschussbericht, Bd. 1, S. 540, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 34					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag einstimmig an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.572.550	31.543.690	31.543.690	31.589.190
Differenz	0	22.000	22.000	22.000	22.000
Anhebung des Zuschusses für die Frauenhaus Beratungsstelle des Vereins Frauenhaus und Beratung e. V. auf 52.000 € pro Jahr ab 2014. Anregung Nr. 2013-00149. Zuschussbericht, Bd. 1, S. 540, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 34					

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Wölter (Nr. 18.2 der Gesamtliste):

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.558.050	31.521.690	31.521.690	31.567.190
Differenz	0	7.500	0	0	0
Zusätzlicher einmaliger Projektkostenzuschuss für den Verein Arbeitslose brauchen Medien e. V. in 2014 von 7.500 €					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung folgte dem Antrag einstimmig und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.558.050	31.521.690	31.521.690	31.567.190
Differenz	0	7.500	0	0	0
Zusätzlicher einmaliger Projektkostenzuschuss für den Verein Arbeitslose brauchen Medien e. V. in 2014 von 7.500 €					

Für die FDP-Fraktion beantragte Frau Geschkewitz (Nr. 19 der Gesamtliste):

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.550.550	31.524.990	31.524.990	31.570.490
Differenz	0	0	3.300	3.300	3.300
Fortsetzung der Förderung über 2014 hinaus (Zuschuss an den Treffpunkt Waldsiedlung e. V. von 3.300 € zur Finanzierung der Mietnebenkosten für die Wohnung Bonnenkamp 73, OG links). Anregung Nr. 2013-00108. Zuschussbericht, Bd. 1, S. 540, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 40.					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag einstimmig an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.550.550	31.524.990	31.524.990	31.570.490
Differenz	0	0	3.300	3.300	3.300
Fortsetzung der Förderung über 2014 hinaus (Zuschuss an den Treffpunkt Waldsiedlung e. V. von 3.300 € zur Finanzierung der Mietnebenkosten für die Wohnung Bonnenkamp 73, OG links). Anregung Nr. 2013-00108. Zuschussbericht, Bd. 1, S. 540, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 40.					

Vor Eintritt in die Beratung des unter Nr. 20 der Gesamtliste aufgeführten Anliegens erklärte sich Frau Ganser für befangen im Sinne des § 31 GO NRW und nahm an der Beratung und Beschlussfassung des Antrags nicht teil.

Bezug nehmend auf das unter Nr. 20 der Gesamtliste ausgewiesene Anliegen der Betreuungsvereine beantragte Herr Wölter für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.605.550	31.576.690	31.576.690	31.622.190
Differenz	0	55.000	55.000	55.000	55.000
Anhebung des Zuschusses an die Betreuungsvereine um 55.000 € für die Sachverhaltsermittlung gem. § 8 Betreuungsbehördengesetz (insoweit ausdrückliche Regelung in geänderter Leistungsvereinbarung) ab 2014; Sperrvermerk: Freigabe des erhöhten Zuschusses durch ASGAf nach Änderung der Leistungsvereinbarung.					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung folgte dem Antrag einstimmig und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 388 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	31.569.052	31.550.550	31.521.690	31.521.690	31.567.190
neu	31.569.052	31.605.550	31.576.690	31.576.690	31.622.190
Differenz	0	55.000	55.000	55.000	55.000
Anhebung des Zuschusses an die Betreuungsvereine um 55.000 € für die Sachverhaltsermittlung gem. § 8 Betreuungsbehördengesetz (insoweit ausdrückliche Regelung in geänderter Leistungsvereinbarung) ab 2014; Sperrvermerk: Freigabe des erhöhten Zuschusses durch ASGAf nach Änderung der Leistungsvereinbarung.					

Herr Wolgast verwies auf die Anträge unter Nr. 21 der Gesamtliste, für den Verein draußen! e. V. einen Zuschuss zum Erwerb eines Ladenlokals im Haushalt vorzusehen. Nach kurzer Aussprache beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung einstimmig, die Entscheidung die weitere Erörterung des Anliegens in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.

Im Übrigen wurden Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0503 wie vorgeschlagen beschlossen.

13.2.5 Produktgruppe 0504 – Wohngeld (Bd. 2, S. 394-398)

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0504 wurde wie vorgeschlagen beschlossen.

13.2.6 Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste (Bd. 2, S. 480-492)

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Ganser, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Herr Wölter (Nr. 26.2 der Gesamtliste):

S. 489 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	4.058.630	4.211.970	4.211.710	4.211.710	4.209.770
neu	4.058.630	4.221.790	4.211.710	4.211.710	4.209.770
Differenz	0	9.820	0	0	0
Förderung der DMSG in 2014 wie in 2013 (Personalkostenzuschuss von 19.630 €). Die Leistungsvereinbarung mit der DMSG wird angepasst.					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag einstimmig an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 489 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	4.058.630	4.211.970	4.211.710	4.211.710	4.209.770
neu	4.058.630	4.221.790	4.211.710	4.211.710	4.209.770
Differenz	0	9.820	0	0	0
Förderung der DMSG in 2014 wie in 2013 (Personalkostenzuschuss von 19.630 €). Die Leistungsvereinbarung mit der DMSG wird angepasst.					

Frau Seyfferth beantragte für die SPD-Fraktion (Nr. 27.2 der Gesamtliste):

S. 489 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	4.058.630	4.211.970	4.211.710	4.211.710	4.209.770
neu	4.058.630	4.211.970	4.211.710	4.211.710	4.209.770
Differenz	0	0	0	0	0
Mit dem Caritasverband wird eine Zielvereinbarung für den Bereich des pathologischen Glückspiels geschlossen.					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung folgte dem Antrag einstimmig und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 489 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2013	2014	2015	2016	2017
alt	4.058.630	4.211.970	4.211.710	4.211.710	4.209.770
neu	4.058.630	4.211.970	4.211.710	4.211.710	4.209.770
Differenz	0	0	0	0	0
Mit dem Caritasverband wird eine Zielvereinbarung für den Bereich des pathologischen Glückspiels geschlossen.					

Frau Ganser und Herr Kollmann baten um Informationen im Hinblick auf die Konsequenzen des unter Nr. 28 der Gesamtliste aufgeführten Veränderungsblatts der Verwaltung für die Wahrnehmung der Aufgabe Ernährungsberatung in Familien und KiTas im Rahmen des Maßnahmenprogramms einer kindbezogenen Armutsprävention. Herr Dr. Schulze Kalthoff stellte Hinweise Anfang kommenden Jahres in Aussicht.

Im Übrigen wurden Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0701 wie vorgeschlagen beschlossen.

13.2.7 Produktgruppe 1003 – Wohnen (Bd. 2, S. 572-581)

Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 1003 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Wölter zur Sitzung des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung am 28.11.2013 einen Antrag zur Einrichtung einer zusätzlichen 0,5 Stelle im Sozialamt (Fachstelle Soziale Dienste für Pflegebedürftige und ältere Menschen) in Aussicht.

Ebenfalls zur Sitzung des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung am 28.11.2013 kündigte Frau Seyfferth für die SPD-Fraktion einen Antrag zur Einrichtung einer auf zwei Jahre befristeten 1,0 Stelle im Sozialamt (Sozialdienst für Flüchtlinge) an.

Punkt 14 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Aldejohann dankte den Mitgliedern für die konstruktive Beratung und wünschte ihnen und ihren Familien eine gute Adventszeit.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

gez.
Gilbert Aldejohann
Vorsitz

gez.
Frank Treutler
Schriftführung